



ASIEN/HEILIGES LAND - Generalsekretär von Caritas Jerusalem: Jüdische Siedlungen und Trennmauer beeinträchtigen den Friedensprozess

Ramallah (Fidesdienst) – Die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern sei „etwas Positives, denn der einzige Lösungsweg sind Verhandlungen“. Doch die Bedingungen, unter denen die Verhandlungen stattfinden, ließen nicht viel Raum für große Erwartungen, denn „es gibt zu viele Hindernisse für die Lösung ‚zwei Völker, zwei Staaten‘, angefangen bei den jüdischen Siedlungen, die weiterhin auf palästinensischem Gebiet gebaut werden“, so der Generalsekretär von Caritas Jerusalem, der palästinensische Priester Raed Abusahliah zu den Betrachtungen der arabischen Christen im Heiligen Land im Hinblick auf die neuen Gespräche zwischen Vertretern Israels und der Palästinenserbehörde, auf Drängen der US-amerikanischen Regierung. Nach Ansicht von Pfarrer Raed Abusahliah ist der Beginn von Verhandlungen immer eine gute Nachricht, wo bei es auch richtig sein, dass „man sich eine Frist von neun Monaten setzt, damit es zu einer Vereinbarung kommt“. Auf der anderen Seite „scheint die palästinensische Seite schwach zu sein: Präsident Abu Mazen wird nicht von der Hamas unterstützt und auch Gruppen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kritisieren die Grundlagen des Verhandlungsbeginns“. Insbesondere widerspreche auch die Politik der israelischen Regierung auf fatale Weise großen Erwartungen an den Ausgang der neuen Verhandlungen. „Ich befürchte, dass die Lösung ‚zwei Völker zwei Staaten‘“, so Pfarrer Raed Abusahliah, „angesichts der Fakten praktisch nicht möglich ist: innerhalb der palästinensischen Gebiete gibt es Hunderte Siedlungen die von Tausenden ideologisierten Siedlern bewohnt werden und es werden neue Gebaut. Wer hat die Absicht, sie davon zu überzeugen, dass sie gehen sollen? Und es gibt die Trennmauer, die von den Israelis weitergebaut wird und die sie wahrscheinlich als neue Grenze durchsetzen werden wollen, auch wenn der Verlauf nicht der 1967 von den Vereinten Nationen festgelegten Grenze entspricht.“

Aus Sicht der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften, so der Generalsekretär von Caritas Jerusalem, „sollten die Vereinbarungen die freie Fortbewegung und den Zugang zu den Heiligen Stätten schützen, der seit Beginn der Verhandlungen unglaublich zurück gegangen ist. Seit den Verhandlungen von Oslo ist der freie Zugang zu den heiligen Stätten nicht mehr garantiert. Viele Städte, einschließlich Ramallah, sind von Straßenblockaden umgeben. Wir brauchen internationale Garantien für die Umsetzung eventueller Vereinbarungen, vor allem was den freien Zugang zu den heiligen Stätten anbelangt“. (GV) (Fidesdienst, 31/07/2013)